



Die Maßstäbe unserer Politik

Zum 1. Mai 1970

Von Willy Brandt,  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der 1. Mai ist seit Jahrzehnten ein Symbol für Frieden und Freiheit, für soziale Gerechtigkeit, für Fortschritt in Wirtschaft und Gesellschaft. Zu Recht wird sozialdemokratische Politik an diesen Maßstäben gemessen.

Zum ersten Mal in der Bundesrepublik stellt die SPD die Führung der Regierung. Damit hat sie die große Chance, einen Teil ihrer politischen Vorstellungen in praktische Politik umzusetzen. Harte Arbeit in der Kommunalpolitik, in den Ländern und im Bundestag, darüber hinaus beharrliches Werben um das Vertrauen der Bürger hat sich ausgezahlt: Unsere gesellschaftspolitische Alternative gegenüber den personell und sachlich verschlissenen Kräften machte die SPD von Jahr zu Jahr stärker.

Zusammen mit der FDP, mit der wir Sozialdemokraten trotz mancher sachlicher Differenzen in der Regierung und im Bundestag gut zusammenarbeiten, haben wir begonnen, Probleme, die man auf die lange Bank geschoben hatte, zügig zu lösen. Einige der positiven Ergebnisse sind bereits sichtbar geworden, andere werden bald zu erkennen sein.

Ich habe versprochen, die von mir geführte Regierung werde ein Kabinett der inneren Reformen sein. Dabei bleibt es, darauf kann sich jeder verlassen. Wir haben uns unter die harte Zucht eines umfassenden, anspruchsvollen Regierungsprogramms gestellt. Jeder kann es nachprüfen.

Aber jeder, der guter Willens ist, wird auch zugeben müssen, daß wir wegen der Versäumnisse der Vergangenheit ein nicht ganz einfaches Erbe zu übernehmen hatten. Die Preisentwicklung hätte der neuen Regierung 1970 weniger Sorgen bereitet, wenn die Mehrheit der alten Regierung 1969 die notwendigen Entscheidungen getroffen hätte. Wir werden die Preisentwicklung, die in unseren Nachbarländern leider sehr viel weiter geht, in den Griff bekommen. Inzwischen kommt es darauf an, daß die Sicherheit der Arbeitsplätze gewahrt bleibt.

Auf dem Wege zu mehr Mitbestimmung wird diese Bundesregierung dafür sorgen, daß ein modernes Betriebsverfassungs- und Personalver-

tretenngsgesetz verabschiedet wird. Wir werden auch dafür sorgen, daß vermögenswirksame Maßnahmen endlich für die einkommensschwächeren Arbeitnehmer interessant werden. Mit der Umwandlung des 312- in das 624-Mark-Gesetz und den von der nächsten Jahreswende ab wirksamen Zulagen ist ein prinzipiell wichtiger Schritt getan worden.

Sozialpolitisch haben wir schon zu Beginn einige Akzente gesetzt, die sicher nicht unbeachtet geblieben sind. Die Kriegsofferrenten, die ab Januar 1971 dynamisiert werden, wurden erhöht; allgemein um 16 Prozent, die Witwenrenten um 25 Prozent. Der Krankenkassenbeitrag der Rentner wurde rückwirkend vom Januar 1970 an gestrichen. Das bedeutet höhere Renten. Die Gesundheitspolitik wird gefördert, was sich vom nächsten Jahr, besonders auch beim Neubau von Krankenhäusern, auswirken wird.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Reformpolitik liegt bei der Förderung von Bildung und Wissenschaft. Im Rahmen des Möglichen bemühen wir uns darüber hinaus um den weiteren Ausbau des Verkehrswesens, um Städtebau und Wohnungswesen, um die Förderung zukunftssträchtiger Industrien in den strukturschwachen Gebieten - alles in allem um die Existenzsicherung der Menschen in unserer Bundesrepublik.

Außenpolitisch haben wir uns zur Aufgabe gemacht, die engen Beziehungen zu unseren westlichen Verbündeten weiter zu verbessern und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu stärken. Hier sind in den letzten Monaten schon wichtige Schritte vorwärts getan worden.

Gestützt auf das Vertrauen unserer Bündnispartner, haben wir darüber hinaus das Gespräch mit den östlichen Nachbarn begonnen. Ich mache mir keine Illusionen: Gesprächsbereitschaft allein genügt nicht. Und gerade für die DDR gilt: Bessere Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten im Interesse des Friedens und der Menschen entstehen nicht von heute auf morgen. Aber wir werden beharrlich daran zwingen.

In Europa und gerade in Deutschland wird sich - wenn auch nur sehr langsam - die Überzeugung durchsetzen, daß wir in Ost und West über alles Trennende hinweg ein gemeinsames Schicksal teilen. Das muß eine Leitlinie unseres Handelns sein. - Die von uns geführte Politik des Friedens und der Entspannung müßte ebenso wie die Politik der inneren Reformen scheitern, wenn sie nicht vom Vertrauen der Bürger getragen würde. Um dieses Vertrauen müssen wir immer wieder von neuem ringen, und das tue ich mit einer herzlichen Bitte auch an dieser Stelle. Das gilt natürlich in besonderem Maße für die Landtagswahlen am 14. Juni 1970. Ich bitte gerade auf dieses Datum bezogen um viel Unterstützung.

Der 8. Mai  
-----

Schockierende Absicht der C-Parteien

Der - Die Absicht des Bundeskanzlers Willy Brandt, am 8. Mai eine Regierungserklärung vor dem Bundestag abzugeben, stößt auf Widerspruch bei den Unionsparteien. Der Anlaß zu einer Regierungserklärung ist gerechtfertigt. Am 8. Mai jährt sich zum 25. Male jener Tag, an dem der vom Dritten Reich frevelhaft entfesselte Zweite Weltkrieg zu Ende ging. Er hat schreckliche Leiden über die Welt gebracht, materielle und moralische Verwüstungen ungeheuerlichen Ausmaßes angerichtet und über 50 Millionen Menschen auf Schlachtfeldern, in Konzentrationslagern und in zerbombten Städten das Leben gekostet. Die Folgen dieses Krieges reichen noch weit in die Zukunft hinein, auch künftige Generationen können sich ihnen nicht entziehen.

Viele Regierungen und Völker, die vom Strudel des Zweiten Weltkrieges direkt und indirekt mitgerissen wurden, werden der 25. Wiederkehr des 8. Mai 1945 gedenken. Die Töne in Ost und West werden recht unterschiedlicher Natur sein.

Ausgerechnet an diesem Tage sollte die Bundesregierung schweigen, unserem Volk und der Welt nichts zu sagen wissen? Das würde wohl zu schrecklichen Mißdeutungen führen. So zu tun, als ginge die ganze Angelegenheit die Deutschen nichts an, wäre einfach absurd, schrieb dieser Tage das der Regierung Brandt/Scheel oft kritisch gegenüberstehende Düsseldorfer "Handelsblatt".

Gerade dieser schicksalsschwere Erinnerungstag gibt Anlaß, der Welt zu bekunden, daß sich, soweit es in deutschen Möglichkeiten liegt, die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen dürfen, daß eine neue Generation herangewachsen ist, die immun ist gegen das Gift des Nationalismus, des Rassen- und Völkertasses. 25 Jahre nach Ende der militärischen Kampfhandlungen gilt für die deutsche Politik als oberstes Gebot das Gebot der Friedenssicherung und der friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern und Staaten, die dazu bereit sind.

Es soll bei den Unionsparteien Überlegungen geben, während der Verlesung der Regierungserklärung den Plenarsaal zu verlassen. Welcher Teufel hat diese Leute geritten? Wissen sie, was sie tun, wenn sie ihre Absicht verwirklichen? Soll jede Gelegenheit genutzt werden, der Regierung in den Arm zu fallen, auch an einem Tag von der Bedeutungsschwere des 8. Mai? Wo bleibt hier das nationale und europäische Gewissen der C-Parteien? Sind sie schon in den Schatten eines neuen Nationalismus geraten? Eine Antwort auf diese quälenden Fragen wird ihre Haltung am 8. Mai geben.

+ - +

Unvergessene Heimat

Früher Berlin, früher Köln, früher Kassel...

Von H.G. Ritzel

Immer wieder fällt mir beim Lesen einer in New York erscheinenden Zeitschrift, dem "Aufbau", die zum größten Teil in deutscher Sprache, zum kleineren Teil in englischer Sprache erscheint, auf, mit welcher Liebe die von Hitler vertriebenen Juden, die in Amerika eine zweite Heimat gefunden haben, an ihrer alten deutschen Heimat hängen. Man kann dies aus den zahlreichen Familienanzeigen und vor allem an den Todesanzeigen beobachten. Kaum eine solche Anzeige erscheint, ohne daß nicht der deutsche Geburtsort oder frühere deutsche Wohnort genannt wird. In bunter Folge begegnen dem Leser Bemerkungen wie: Früher Heilbronn, früher Berlin, früher Coburg, früher Köln, früher Danzig, früher Gladenbach, Dortmund, Hainstadt i. Baden, Halsdorf, Kassel, Bensheim, Wittlich/Mosel, Buttstedt i. Thüringen, Frankfurt/Main, Mainz, Breslau, Burghaslach, Hannover, München u.a.m.

Aus Unterhaltungen mit jüdischen Kreisen in den USA weiß ich, daß es sich bei solchen Angaben über den früheren Aufenthalt in Deutschland in Todesanzeigen so gut wie immer um einen letzten Wunsch der Verstorbenen handelt. Die innere Bindung an die alte deutsche Heimat ist ein unverkennbares Zeichen dafür, wie gute Deutsche im besten Sinne des Wortes die Menschen waren und blieben, die von der Verbrecherbande des Dritten Reiches verfolgt wurden und, wenn ihnen die Flucht vor den Gaskammern noch gelang, an dieser Heimat hingen und, soweit sie noch leben, heute noch hängen, wie sehr sie sich zum deutschen Volke zählten.

Mir fällt beim Nachdenken über diese Dinge ein, daß ich einmal Anfang 1933 als damaliger Kreisdirektor in Giessen den Besuch eines Mannes erhielt, der sich als Vorsitzender des Bundes jüdischer Frontsoldaten vorstellte, und der nicht begreifen wollte, daß Juden, die im 1. Weltkrieg genau wie jeder andere Deutsche ihre Pflicht getan haben, selbst Offiziere und hochdekoriert wurden, von Hitler, wenn er Kanzler des Deutschen Reiches werden würde, trotzdem als Juden verfolgt würden.

Ich habe damals den Mann, der im Verlauf der Unterhaltung seinen Mantel öffnete und auf seinem Anzug zahlreiche Ordensbänder zeigte,

vor jeder Illusion gewarnt. Da ich Hitler persönlich kennengelernt hatte, war ich in meinen Befürchtungen über sein zu erwartendes Verhalten nicht zu erschüttern. Ich sagte meinem Gast, daß er gut daran täte, mit dem Schlimmsten zu rechnen, wenn Hitler zur Macht käme. Ungläubig und buchstäblich kopfschüttelnd entfernte sich mein Besucher. Was aus ihm geworden ist, weiß ich nicht.

Aber die zahlreichen Hinweise auf die alte deutsche Heimat zeigen trotz aller Bitternis und allen Leidens, das den Juden durch Hitler angetan wurde, doch das Fortbestehen der Erinnerung an eine unvergessene Heimat. Inzwischen wächst überall eine neue Generation heran. Die Alten sterben und je nachdem übernehmen die Jungen draußen in der Welt die Erinnerung an die Herkunft und die Anhänglichkeit ihrer Eltern an Deutschland oder sie betrachten diese Anhänglichkeit als eine überflüssige Sentimentalität. Aber das ist nach meinen Beobachtungen bei der geringsten Zahl der nachgewachsenen Generation der Fall. Die zahlreichen aus Deutschland stammenden Juden und ihre Kinder und Enkel sind in ihrem Bekenntnis zu ihrer alten deutschen Heimat ein Aktivposten für uns im großen Spiel der politischen Kräfte und die Erinnerung und das Eintreten von uns Deutschen für die ehemaligen deutschen Juden und ihre Kinder und Enkel ist für uns in der Bundesrepublik - und sollte es auch in der DDR sein - eine Verpflichtung hohen Ranges.

Daran zu denken ist gerade in dieser Zeit, in der Juden von anderen Semiten, den Arabern, das Recht auf eine eigene Heimat in Israel mit Kriegshandlungen und Sabotageakten bestritten wird, eine Notwendigkeit. Es ist Aufgabe aller denk- und empfindungsfähigen Deutschen, den ehemaligen deutschen Juden soviel Wärme, Gefühl und Hilfsbereitschaft entgegenzubringen, wie die Juden es mit ihrem immer wiederholten Bekenntnis, ihren unvergessenen Verbundenheit mit ihrer alten deutschen Heimat tun.

## Spanien und die Gastarbeiter

Empörung über menschenunwürdige Unterkünfte  
Eingliederung in Frankreich und Luxemburg besser gelungen?

Von unserem ND-1-Korrespondenten in Madrid

Die europaweit verbreitete Anzeige in der Ulmer "Südwestpresse", in der ein Bauernanwesen mit geeigneten Ställen zur "Pferdehaltung oder als Gastarbeiter-Unterkunft" angeboten wurde, schlug ebenso wie die untertarifliche Entlohnung und menschenunwürdige Unterbringung türkischer Gastarbeiterinnen durch die "Ingridhütte" in Euskirchen Wellen der Empörung bis nach Spanien. Ein Land, das mit einer halben Million Arbeiter unter den 4,5 Millionen im EWG-Raum lebenden Ausländern vertreten ist, reagiert empfindlich auf offensichtlich schlechte Behandlung solcher Arbeitskräfte in den "Paradiesen des Wirtschaftswunders".

Die Barceloneser Zeitung "La Vanguardia Espanola" wirft den Deutschen ganz allgemein vor, die menschliche Integration der Gastarbeiter zu vernachlässigen. In Frankreich hätten sich 2,5 Millionen ausländische Arbeiter und weitere 1,5 Millionen Ausländer naturalisieren lassen. Dagegen sei die Zahl der Einbürgerungen von Auslandsarbeitern in der Bundesrepublik verschwindend gering.

Während auf 34 deutsche Bundesbürger erst ein Gastarbeiter komme, sei das Verhältnis in Luxemburg schon 10:1 und in der Schweiz gar 7:1. Die Deutschen sind in spanischen Augen Sünder, soweit es um ein gutes Nebeneinander mit den ausländischen Arbeitern geht.

In den Niederlanden allerdings seien die Verhältnisse noch ärger. Die spanische Wirtschaft versuche jetzt, mehr als bisher ausländische Unternehmer zur Gründung von Tochterfabriken in Spanien zu bewegen - nach dem Motto - daß man die Arbeit dorthin bringen müsse, wo die Arbeiter an Ort und Stelle zu finden seien. Spaniens Arbeitsminister de la Fuente: "Ich bin grundsätzlich gegen die Abwanderung spanischer Arbeitskräfte ins Ausland. Man muß ihnen hier eine auskömmliche Beschäftigung bieten". Noch fehlen allerdings zumeist die Voraussetzungen dazu.

Der von Bundesaußenminister Scheel in Madrid unterzeichnete deutsch-spanische Niederlassungsvertrag nun ist ein erster Schritt, um für mehr Flexibilität nach dem Muster der EWG zu sorgen und das Gastarbeiterproblem zu lösen. Dieser Vertrag erleichtert vor allem juristischen Personen - also Firmen -, aber auch Einzelpersonen im Partnerland die Niederlassungs- und Arbeitsmöglichkeit. Wenn es gelänge, in Spanien leistungsfähige Unternehmen auf Europa-Niveau zu schaffen, dann könnte eine langfristige Lösung der Gastarbeiterfrage gelingen.